

Bevölkerungsschutz

Sirenentest verlief positiv

VADUZ In Liechtenstein und in der ganzen Schweiz fand am Mittwoch der jährliche Sirenentest statt. Dabei wurden die Funktionsbereitschaft der Sirenen des «Allgemeinen Alarms» und teilweise in der Schweiz auch der «Wasseralarm» getestet. Wie das Amt für Bevölkerungsschutz am Donnerstag mitteilte, verliefen die aktuellen Auswertungen der 23 Sirenen bzw. die Rückmeldungen der liechtensteinischen Sirenenwarte positiv. Bei einer Sirenenanlage wurde ein Fehler festgestellt, welcher bereits behoben worden sei. Damit sei die rasche und zuverlässige Alarmierung der Bevölkerung bei drohenden Gefahren sichergestellt, teilte das Amt mit. In diesem Zusammenhang weist das Amt auf das empfohlene Verhalten beim «Allgemeinen Alarm» hin: Mit einem regelmässigen auf- und absteigenden Ton wird der «Allgemeine Alarm» ausgelöst. Das Zeichen dauert bei stationären Sirenen eine Minute und wiederholt sich nach zwei Minuten Unterbrechung erneut. Ausgelöst wird der «Allgemeine Alarm», wenn eine Gefährdung der Bevölkerung möglich ist. Unmittelbar nach der Auslösung werden über das Radio amtliche Mitteilungen sowie Verhaltensanweisungen angekündigt. Der «Allgemeine Alarm» soll die Bevölkerung dazu bewegen, umgehend das Radio einzuschalten, heisst es in einer Aussendung des Amtes für Bevölkerungsschutz. (ikr/hf)

Opferstockdiebe

Geld aus Kirche gestohlen

VADUZ Nach Angaben der Landespolizei entwendeten Unbekannte am Mittwoch zwischen 11 und 16 Uhr Bargeld aus zwei Opferstöcken in der Kathedrale in Vaduz. Die Täterschaft konnte unerkannt fliehen, es entstand Vermögensschaden. (lpfl/hf)

Arbeitsunfall in Triesen

Arbeiter durch Sturz verletzt

TRIESEN Am Donnerstagmorgen kam es in Triesen zu einem Arbeitsunfall. Ein Mann war in einem Warenlager mit Arbeiten beschäftigt und stand dafür auf einem Hubstapler in der Höhe. Dabei stürzte er rückwärts von der Erhöhung zu Boden und landete auf einer Palette. Wie die Landespolizei mitteilt, zog er sich Verletzungen unbestimmten Grades zu und musste mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht werden. (lpfl/hf)

Brandursache unklar

Ein Verletzter bei Wohnungsbrand

CHUR In der Nacht auf Donnerstag ist es in Chur in einer Einzelzimmerwohnung zu einem Brand gekommen. Der Wohnungsmieter erlitt dabei Verbrennungen unbestimmten Grades. Der Sachschaden beträgt mehrere Zehntausend Franken. Nach Angaben der Kantonspolizei meldeten kurz nach Mitternacht mehrere Personen eine starke Rauchentwicklung im ersten Stock des betroffenen Mehrfamilienhauses. Die unverzüglich ausgerückte Stützpunktfeuerwehr Chur bekämpfte die Flammen erfolgreich und konnte den verletzten Mieter, welcher sich noch in der Wohnung befand, bergen. Der Verletzte wurde vorerst mit der Ambulanz ins Kantonsspital Graubünden gebracht und später ins Universitäts-spital Zürich verlegt. Die Brandursache wird ermittelt. (red/pd)



Anstelle dieser abbruchreifen Liegenschaft soll am Birkenweg in Vaduz die erste Wohnbaugenossenschaft des Landes entstehen. (Foto: Michael Zanghellini)

Erste Wohnbaugenossenschaft: «Keine Konkurrenz - im Gegenteil»

Projekt Mit der Genehmigung des Vorvertrags durch den Gemeinderat Vaduz hat die Wohnbaugenossenschaft eine weitere Hürde genommen. Initiant Harald Beck betont, dass er weder Bürgergenossenschaften noch Private konkurrenzieren will.

VON MARTIN HASLER

In seiner letzten Sitzung hat der Vaduzer Gemeinderat mit der Genehmigung eines Vorvertrags mit der Wohnbaugenossenschaft für ein Grundstück am Birkenweg einstimmig grünes Licht für das Projekt gegeben. Nun ist der Ball wieder bei der Wohnbaugenossenschaft, deren Initiant Harald Beck keine Zeit verlieren will. «Die Gründung sollte bis Anfang März erfolgt sein», kündigt er gegenüber dem «Volksblatt» an. Das Angebot richtet sich an alle Einwohner Liechtensteins, betont er.

Bewährtes Modell

Gemäss dem Vaduzer Bürgermeister Ewald Ospelt sollen die Statuten der Genossenschaft nach deren Gründung rasch genehmigt werden. Er erklärt im «Volksblatt»-Gespräch, warum die Unterstützung des Projekts im Vaduzer Gemeinderat unumstritten ist: Schliesslich handle es sich um ein Modell, das sich in der Schweiz und Vorarlberg vielfach bewährt habe. Insbesondere angesichts der ho-

hen Mietpreise in Vaduz ist Ewald Ospelt überzeugt: «Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.»

Vermietung zu Selbstkosten

Vermietet würden die Wohnungen an Mitglieder der Wohnbaugenossenschaft, die neben 1000 Franken für den Anteilsschein 10 Prozent der Anlagekosten für die Wohnung einbringen müssen - gemäss Harald Beck von der Confida Immobilien AG würde dieser Anteil zwischen 30 000 und 60 000 Franken betragen. Wie im Entwurf für die Statuten festgehalten ist, der dem «Volksblatt» vorliegt, werden die Wohnungen danach zu den Selbstkosten vermietet: «Die Wohnbaugenossenschaft verzichtet auf die Erzielung eines eigentlichen Gewinns sowie auf Renditezahlungen. Diese kommen den Mietern zugute.» Gleichzeitig ist die Vermietung an gewisse Bedingungen geknüpft: So müssen die Genossenschaftsmitglieder selbst in den Wohnungen le-

ben und dort ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben. Die Grösse der Wohnungen ist zudem beschränkt - gemäss Statuten darf die Zahl der Zimmer jene der Bewohner nicht um mehr als eins übersteigen. So werde der Flächenverbrauch reduziert, erklärt Harald Beck; zudem werde die Ressource Land geschont.

«Die Gründung sollte bis Anfang März erfolgt sein.»

HARALD BECK
INITIANT

Auch für den Fall eines Scheiterns wird vorgesorgt: Nach Tilgung der Schulden soll gemäss provisorischen Statuten das Genossenschaftsvermögen «vollumfänglich und prozentual jenen Gemeinden Liechtensteins übereignet werden, welche die Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein mit der Einbringung von Grundstücken unterstützt hat».

«Positive Rückmeldungen»

Harald Beck hat das Projekt bereits in anderen Gemeinden präsentiert. Er hofft auf ein positives Signal aus Vaduz: «Ich habe das Gefühl, dass die anderen Gemeinden in Lauerstellung

sind.» Er erzählt ausserdem von «durchweg positiven Rückmeldungen» zu seinem Ziel, bezahlbaren Wohnraum in Liechtenstein zu schaffen. Von einer Konkurrenzsituation zu Bürgergenossenschaften oder privaten Vermietern will Beck nichts wissen. So verfolgten die Bürgergenossenschaften zwar ähnliche Ziele wie die Wohnbaugenossenschaft - «aber nur für ihre eigenen Bürger». Für ihn ist klar: «Mir als Liechtensteiner sollte es doch möglich sein, mit einem anderen Bürgerrecht von solch einem Angebot in einer anderen Gemeinde profitieren zu können.» Zudem richte sich das Angebot der Wohnbaugenossenschaft vor allem an Menschen, die sich herkömmliche Wohnungen kaum leisten können. «Man kann den Spieß auch umdrehen: Gibt es keine solchen Angebote, müssen langfristig Private über Mietsenkungen nachdenken.» Und die Politik könne durch die Unterstützung solcher Projekte sparen: «So können langfristig beispielsweise die Mietbeihilfen oder weitere Direktzahlungen präventiv eingedämmt werden.»

Vernehmlassungsfrist abgelaufen

Steuergesetz: Balzers stimmt Änderungen grundsätzlich zu

VADUZ/BALZERS Mehreinnahmen von rund 16,5 Millionen Franken erhofft sich die Regierung von Abänderungen des Steuergesetzes. Im Bereich der Vermögens- und Erwerbssteuer wird vorgeschlagen, dass die Steuereinnahmen eines Teils der beschränkt Steuerpflichtigen künftig gänzlich dem Land zufließen (Mehreinnahmen ca. 3 Millionen Franken) sowie dass die Abzugsmöglichkeiten für Einkäufe in Einrichtungen der beruflichen Vorsorge beschränkt werden. Im Bereich der Ertragssteuer wünscht die Regierung, dass bei der Ermittlung des modifizierten Eigenkapitals zusätzlich zu den übrigen Abzügen ein Abzug in der Höhe von 6 Prozent aller Vermögenswerte vorzunehmen ist (Mehreinnahmen 12 Millionen Franken). Ausserdem sollen alle Ertragssteuerpflichtigen der Mindestertragssteuerpflicht unterstellt werden, was der Staatskasse weitere 1,5 Millionen Franken einbringen soll.

Die Vernehmlassungsfrist für die Regierungsvorlage lief am 24. Januar ab, die Vorschläge stiessen zwar grundsätzlich auf Verständnis, sorgten aber auch für Kritik, wie die Stellungnahme des Balzner Gemeinderats zeigt. Bezüglich des Vorschlags, die Steuern von beschränkt Steuer-

Für Einfachheit und Transparenz

Die restlichen Korrekturen des am 2. Januar 2011 in Kraft getretenen Steuergesetzes werden vom Balzner Gemeinderat hingegen begrüsst, da die Einnahmen aus der Ertragssteuer in den vergangenen Jahren, auch aufgrund des neuen Steuergesetzes, stark gesunken seien. «Ob dies mittels Entkoppelung des Eigenkapitalzinsabzuges oder der vorgeschlagenen Alternativlösung erfolgt, ist für die Gemeinde Balzers nicht entscheidend.» Die Einführung einer Mindestertragssteuer für alle Ertragssteuerpflichtigen wird von den Gemeinderäten ebenfalls als «richtig und notwendig» beurteilt. In seiner einstimmig verabschiedeten Stellungnahme fordert der Balzner Gemeinderat zugleich, die Einfachheit



Noch vor dem Sommer wird der Landtag über weitere Änderungen des erst 2011 in Kraft getretenen Steuergesetzes abstimmen. (Foto: Zanghellini)

und die Transparenz des Steuersystems im Auge zu behalten. «Dies vor allem unter dem gefassten Vorsatz des Bürokratieabbaus.»

Kritik an Tschütschers «Meilenstein»

Das vom damaligen Regierungschef Tschütscher als «Meilenstein» gelobte Steuergesetz muss bereits zum wiederholten Mal angepasst werden. Auch deshalb, weil die Gemeinden in den Entwicklungsprozess des neuen Gesetzes nicht eingebunden worden seien, wie der Balzner Gemeinderat kritisiert: «Die Gemeinden haben bereits im Vernehmlassungsbericht zum neuen Steuergesetz deutlich da-

rauf hingewiesen, dass das neue Steuergesetz im Bereich der Vermögens- und Erwerbssteuer zu einem deutlichen Mehraufwand und zu geringeren Steuereinnahmen führen wird, was auch tatsächlich eingetreten ist. Die laufenden Anpassungen zeigen nun deutlich auf, dass das neue Steuergesetz nicht vollständig durchdacht war.» Die Balzner Gemeinderäte empfehlen deshalb, die Kommunen im Bereich der Vermögens- und Erwerbssteuer bei künftigen Anpassungen mit einzubeziehen, «da die Steuerkassen grosse praxisbezogene Erfahrungen haben». (mb)

ANZEIGE

www.kleininserate.li